Halle und Umgebung.

Halle, den 28. Oktober 1920.

Deutsch-demokratischer Verein Süd.

Halle hat die schlimmste Wohnungsnot in Deutschland. — Ansehnliche Erfolge des Wohnungsamts. — Das Finanzamt in der Dessauer Kaserne? — Verschachtelung der Beamtenzahl. — Zu Neujahr niedrigere Fleischpreise.

Im Restaurant Schultheiß, Merseburger Straße, fand gestern abend eine recht gut besuchte Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Süd der Deutschdemokratischen Partei statt, die an Stelle des verhinderten Vorsitzenden, Herrn Ernst, und seines ebenfalls verhinderten Stellvertreters, Herrn Buchholz, Herr Stadtverordneter Brinkmann leitete. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag von Frl. Dr. Lange, Leiterin des städt. Wohnungsamtes, über das Thema

Wohnungsnot und Wohnungsamt,

Erstaunt fragt das Publikum nach den Gründen der Wohnungsnot, wo doch durch den Krieg ein Massensterben der Bevölkerung verursacht worden ist. Gewiß ist seit 1914 die Volkszahl gesunken, aber seit 1916 sind keine neuen Wohnungen mehr gebaut worden, während die Zahl der Haushaltungen — und diese ist ausschlaggebend — andauernd gestiegen ist. **Heute haben von 15 Millionen Haushaltungen in Deutschland 1 Million keine eigene Wohnung.** Der normale jährliche Mehrbedarf an Wohnungen beträgt 2—300 000. So erklärt sich die hohe Ziffer von 1 Million, besonders wenn man die Einwanderung aus abgetretenen Gebieten mit berücksichtigt. 35 Prozent der Wohnungsuchenden setzen sich zusammen aus solchen, die einen Hausstand gründen wollen, 27 Prozent aus Zuziehenden und Flüchtlingen. Vergrößert wird die Wohnungsnot durch die ständig zunehmende Baufälligkeit einer Reihe von Häusern.

In Halle herrscht die verhältnismäßig größte Wohnungsnot unter den Städten Deutschlands. Das Wohnungsamt ist die Stätte, wo sich die inneren Verhältnisse Deutschlands wiederspiegeln, und deshalb ist es lehrreich, einmal all die Schwierigkeiten zu betrachten, mit denen das Wohnungsamt zu kämpfen hat. Das Absinken des Mittelstandes findet seinen Ausdruck darin, daß Witwen und Pensionäre mit ihrem Kapital oder ihrer Pension nicht mehr auskommen und darum größere Wohnungen suchen, um durch Abvermieten von Zimmern einen Nebenverdienst zu erhalten. Die wirtschaftlich aufsteigende Arbeiterschaft hingegen sucht ebenfalls größere Wohnungen, ein Drang nach Verbesserung, den man wohl verstehen kann. Die Tuberkulose ist unter der Bevölkerung aufs Doppelte gewachsen, die Kranken müssen isoliert werden. Diese Forderung des Gesundheitsamtes ist durchaus berechtigt. Der starke Geburtenzuwachs, an und für sich eine höchst erfreuliche Erscheinung, schafft dem Wohnungsamt arge Verlegenheiten, denn die Leute wollen und können dann nicht mehr möbliert oder bei den Eltern oder jüngeren Verwandten wohnen, wenn sich erst Kinder einstellen, oder sie brauchen unsere des Familienzuwachses mehr Raum. Die Arbeitslosigkeit wirkt auf den Wohnungsmarkt insofern entlastend ein, als sich dann ein Abwandern zeigt. Halle hat aber einen günstigen Arbeitsmarkt (durchschnittlich nur 50 Arbeitslose!), was den Zuzug wesentlich fördert. Die in unserer Stadt besonders zahlreichen, meist kinderreichen Flüchtlingsfamilien aus dem Osten befinden sich in einer schlimmen Lage, sie brauchen große Wohnungen, aber Halle ist eine typische Kleinwohnungsstadt: von 48 000 Wohnungen haben nur 4000 sechs Zimmer und mehr (dabei sind alle möglichen Räume mitgerechnet), während 33 000 Wohnungen höchstens drei Zimmer haben.

Wenn das Wohnungsamt nur denen Wohnungen gewährt, die in Halle arbeitszuständig sind, auch wenn sie aus der näheren Umgebung zuziehen, und nicht solchen, die, wie die Leunaarbeiter, ihre Arbeitsplätze in der Nähe der Stadt haben, so schilt man das eine kurzsichtige Politik. Aber das Wohnungsamt hat leider infolge des gräßlichen Wohnungsmangels nicht die Möglichkeit, eine weitsichtige Politik in dieser Hinsicht zu treiben. Man hat oft beim Wohnungsamte angefragt, warum es nicht dafür Sorge trage, daß die Kinos und ähnliche Räumlichkeiten zu Wohnungen verwandt werden; diese Fragen überschreiten aber die Zuständigkeit des Wohnungsamtes.

An Neubauten ist kaum zu denken. Die Baukosten sind zu hoch, sie hängen zu 45 Prozent unmittelbar und zu 35 Prozent mittelbar mit den Löhnen zusammen. Der Bau einer Dreizimmerwohnung kostet heute 60 000 Mark, der einer Vierzimmerwohnung 80 000 und der eines bescheidenen Einfamilienhauses, das im Frieden 6000 Mark kostete, mindestens 100 000 Mark; Dachgeschoßausbauten sind mit 12 000 Mark zu veranschlagen. Trotzdem sind auf Veranlassung des Wohnungsamtes 200 Neubauten ausgeführt worden. Die Umbauten von Hotels sind fast noch kostspieliger als Neubauten. Das Hotel „Kaiser Wilhelm" konnte man z. B. für 400 000 Mark kaufen. Zum Einbau von 11 Wohnungen wären jedoch noch 280 000 Mark notwendig gewesen.

Staatliche Behörden und kapitalkräftige Arbeitgeber sollten ebenfalls zur Besserung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt beitragen. So hat in Frankfurt die Eisenbahndirektion eine Siedlung für Flüchtlinge errichtet und somit die Stadt gewaltig entlastet. Das Wohnungsamt verhindert bis auf wenige berechtigte Ausnahmen in allen Fällen die Umwandlung von Wohn- und Geschäftsräumen in Geschäftsräume. Obwohl durch Wohnungsbeschlagnahme viel böses Blut hervorgerufen wird, muß in dieser Beziehung energisch durchgegriffen werden. Allerdings ist Halle als typische Kleinwohnungsstadt in viel ungünstigerer Lage als Hannover und Magdeburg und andere Städte. **Durch die Beschlagnahme werden täglich 2—3 Wohnungen geschaffen,** im Monat also ungefähr 90. Diese Zahl ist lächerlich gering gegenüber der Zahl der Wohnungsuchenden, die in unserer Vaterstadt 8000—9000 beträgt, während das größere Frankfurt nur 5000 Wohnungsuchende in seinen Mauern birgt. Trotz der in Halle recht ungünstigen Verhältnisse hat das hallische Wohnungsamt am erfolgreichsten gearbeitet in ganz Deutschland, und die Zahl 1890 der geschaffenen Wohnungen redet von einer achtunggebietenden Leistung. Mit Optimismus in die Zukunft zu blicken, ist in dieser Frage nicht am Platze. Man muß sich damit begnügen, die allerdringendsten Wünsche zu befriedigen.

Der Vorsitzende sprach der Rednerin für ihren ausgezeichneten, mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag den Dank der Versammlung aus und eröffnete dann die Diskussion, die sich recht lebhaft gestaltete. Man warf die Frage auf, warum nicht die 30 Studentenhäuser in Halle als Wohnungen benutzt würden. Die Rednerin entwortete, das geschehe schon. Das Wohnungsamt habe bereits zugegriffen, könne aber natürlich nichts einwenden, wenn die Verbindungen ihre Räume an ihre Mitglieder als Wohnungen geben. Weiterhin wurde das Gerücht erörtert, daß das Finanzamt das Hotel „Europa" am Riebeckplatz erworben haben soll. Allerdings hat das Finanzamt diese Absicht gehabt, hat aber infolge des hohen Kaufpreises von annähernd 1 Million Mark davon wieder Abstand genommen. Natürlich wird das Wohnungsamt einen solchen Plan stets zu verhindern suchen; wenn das Gebäude als Hotel nicht weiter bestehen soll, was bei der Hotelnot im Interesse des Fremdenverkehrs zu beklagen ist, soll es auf jeden Fall zu Wohnzwecken verwandt werden. Das ist die Ansicht des Wohnungsamtes; die Entscheidung über eine solche Frage liegt in den Händen des Meistbietungsamtes. Das Finanzamt — so wurde weiter ausgeführt — ist jedoch gezwungen, sich neue Räume zu schaffen, da das Gebäude, in dem es jetzt untergebracht ist, der Reichspostverwaltung gehört und letztere dem Finanzamt zum 1. April 1921 gekündigt hat. **Vielleicht** wird das Finanzamt nach dem Abzug der Reichswehr in der Kaserne an der Dessauer Straße Unterkunft finden. Stürmische Heiterkeit rief die Mitteilung hervor, daß das Finanzamt in Kürze seine Beamtenschaft um das Sechs- bis Siebenfache vermehren wird.

Vom dem Wohnungsamt ist auf das Leunawerk ein starker Druck ausgeübt worden, damit dieses für die Unterbringung seiner Arbeiter in Halle selbst Maßnahmen treffen solle. Die Stadt Halle hat verschiedentlich einen Druck auf Leuna auszuüben versucht; in einer Konferenz, die jüngst in Merseburg stattfand, hat Halle 1 Million Mark für Wohnungsbauten gefordert, aber das Werk lehnte entschieden ab und verwies auf die Bauten, die es in der Nähe seiner Fabrikanlagen ausführt, die natürlich nicht als eine Entlastung des hallischen Wohnungsmarktes betrachtet werden können.

Halle hat bisher an Baukostenzuschüssen vom Reich und Staat insgesamt 1,4 Millionen Mark erhalten, während das in weit günstigerer Lage sich befindende Frankfurt schon 15 Millionen bezogen hat.

Die Versammlung beschloß deshalb, eine Eingabe an den Reichswohlfahrtsminister zu richten mit der Bitte um Erhöhung der staatlichen Zuwendungen, unter Hinweis auf den in Halle endenden Flüchtlingsstrom aus dem Osten und auf die Nachbarschaft des ständig wachsenden Leunawerkes und des Stickstoffwerkes Wolfen.

Der Vorsitzende wies zum Schluß der Debatte noch darauf hin, daß es im Interesse der Oeffentlichkeit zu bedauern ist, daß sie über so brennende Fragen wie die Wohnungsnot und die Aufgaben des Wohnungsamtes in keiner Weise unterrichtet wird. Viel Unwille und Unmut über das Wohnungsamt würde nicht aufkommen können, wenn die Bürger, wie durch den Vortrag, durch Mitteilung typischer Fälle öfter unterrichtet würden und dadurch ein Bild gewinnen könnten, wie schwierige, ernste und ernste Arbeit vom Wohnungsamt geleistet wird. Man muß dem Magistrat von berechtigten Vorwurf machen, daß er der Oeffentlichkeit durch die Presse viel zu wenig Mitteilungen über allgemein interessierende Angelegenheiten macht. (Allseitige Zustimmung.)

Sodann sprach Herr Mangold über die

Fleischversorgung und Fleischpreise.

Die Vermehrung der Fleischproduktion ist seit Aufhebung der Zwangswirtschaft ganz bedeutend; damit ist jedoch ein sprunghaftes Steigen der Fleischpreise Hand in Hand gegangen. Von den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und des Fleischgewerbes sind nunmehr Bestrebungen ins Leben gerufen, die auf Festlegung gewisser Richtpreise hinausgehen. Gleichzeitig haben sich die hallischen Fleischer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die zusammen mit einem paritätisch aus Konsumenten und Produzenten bestehenden Prüfungsausschuß für Sanierung der Fleischpreise und gleichmäßige Versorgung treten wird. Eine Besserung wird jedoch schon ohne jeden äußeren Anstoß ganz aus sich selbst heraus in Kürze erfolgen. Die Konsumenten haben angesichts der hohen Preise entweder keine Kauflust oder keine Kaufkraft, so daß die schon heute bestehende Ueberfüllung des Marktes unbedingt auf die Preise drücken muß. Unser Schweinebestand ist in der Zeit vom 1. Juni 1919 bis zum 1. Juni 1920 von 8 610 000 auf 11 659 000 Stück gestiegen; auch in dem Rinder- und Schafbestand macht sich deutlich eine Aufbesserung bemerkbar. Das Sinken der Preise wird eine notwendige Folge dieses Viehzuwachses sein. Natürlich wird diese Preissenkung nicht von heute auf morgen eintreten, aber man kann mit Bestimmtheit erwarten,

daß um Jahresende das Fleisch, in der Hauptsache Schweinefleisch, erheblich billiger sein wird.

Eine Aussicht, die höchst erfreulich ist! Herr Mangold stimmte zu, daß unbedingt auf Ausstellung der Preistafeln in den Schaufenstern der Fleischerläden gedrungen werden soll, und zwar müssen die Preisangaben in ganzen Pfunden gemacht werden.

Herr Institutsvorsteher Starke ermahnte die evangelischen Mitglieder des Vereins, sich rechtzeitig in die Kirchenwählerlisten eintragen zu lassen. Die Frist läuft vom 24. Oktober bis 21. November.

Nachdem dann noch eine Anzahl kommunaler Themen kurz gestreift waren, fand der interessante Abend sein Ende.

Zur Preisgestaltung im Vieh- und Fleischverkehr.

Auf Veranlassung der Kreisbauernschaft des Saalkreises fand heute vormittag eine Versammlung von Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels, des Fleischergewerbes und der Verbraucher zwecks vernünftiger Preisgestaltung im Vieh- und Fleischverkehr statt.

Der Vorsitzende, Herr Kreisbauernmeister Heinrich-Schwerz, begrüßte die Versammlung, die von Vertretern der Unterkreise des 4. Wirtschaftskreises, darunter auch aus Anhalt, Braunschweig und Thüringen, die angeschlossen sind, besucht war. Auf der Versammlung der Vertreter der verschiedenen deutschen Wirtschaftskreise, die am 4. September in Hannover stattfand, ist die Notwendigkeit einer vernünftigen Preisgestaltung erkannt und sind dahingehende Maßnahmen beschlossen worden. In Berlin besteht ein Oberausschuß, der kürzlich in Magdeburg eine Tagung abhielt. Die heutige Versammlung hat vor allem die Aufgabe, über die Festsetzung der Preise zu beraten.

Nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte wird zunächst eine allgemeine Aussprache beschlossen.

Herr Kirchhoff gibt bekannt, daß nach Beschlüssen, die in Magdeburg gefaßt worden sind, in den einzelnen Wirtschaftsbezirken Unterausschüsse gebildet werden, die aus fünf Vertretern der Landwirtschaft, 5 des Fleischergewerbes, 5 des Viehhandels und 10 der Verbraucher bestehen sollen.

Herr Kürbs tadelt, daß kein Vertreter vom Oberausschuß anwesend ist. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft könne er nicht gutheißen. Es entstehen uns große Schwierigkeiten, bei den ungeheuren Preisen die Arbeiterschaft noch weiterhin zu beschwichtigen. Es ist notwendig, uns ein Bild davon zu geben, wie die Preisgestaltung vom Stalle aus bis in den Fleischerladen oder auf den Schlachtviehhof vor sich geht.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Ausschüsse paritätisch gebildet sind und gebildet werden sollen. Die Preisbildung für das Vieh gestaltet sich von Zeit zu Zeit sehr verschieden. Heute kostet ein Zentner Kraftfutter bis 150 Mk., ein Morgen Rübenkraut 150 Mk. Die Preise, die hier vom Oberausschuß festgesetzt worden sind, können uns nicht genügen; dafür können wir nicht liefern. Wir wollen quantitativ gutes Vieh und für die Kinder und Kranke der Städte Vollmilch liefern; aber man soll nicht von uns verlangen, daß wir in unserer Wirtschaft zusetzen, daß wir nicht auf unsere Kosten kommen.

Von einem Vertreter aus Anhalt wird angeregt, für Anhalt einen besonderen Wirtschaftskreis zu bilden.

Herr Obermeister Schlack weist die Unhaltbarkeit der Zwangswirtschaft nach. Das Wucher- und Schieberwesen ist durch die Zwangswirtschaft erst großgezogen worden. Sie ist schuld daran, daß kein Fleisch zu haben war.

Herr Bauer wendet sich dagegen, daß die Kreise sich gegeneinander abschließen und verteidigt die Zwangswirtschaft, wenn auch eine andere, als die jetzige zeitweilige.

Herr Schlack erklärt, daß sich das Fleischergewerbe geschlossen gegen die Abschließung der Kreise gegeneinander wenden werde.

Herr Kürbs bittet die Vertreter der Landwirtschaft, ein Bild davon zu geben, zu welchem Preise die Landwirtschaft Vieh liefern kann.

Herr Hennig verlangt, den Grund der Preissteuerung festzustellen, vor allem nachzuweisen, woher der große Preisunterschied zwischen Gestehungskosten und Ladenpreis kommt. Wenn es so weitergeht, dann sind wir mit der Fleischwirtschaft in zwei bis drei Monaten vollständig festgefahren. Wir wollen hier zu einer Verständigung gelangen.

Herr Oekonomierat Wesche bittet den anhaltischen Vertreter, von seinem Gedanken eines besonderen Wirtschaftskreises in Anhalt zurückzukommen. Die Fleischpreise sind entsprechend der Qualität von den Unterausschüssen festzustellen. In Magdeburg werden die Preise am höchsten sein, etwas billiger in Halle, noch billiger an kleinen Plätzen. Die Fleischproduktion ist ungeheuer zurückgegangen, hauptsächlich wegen der Maul- und Klauenseuche. Die größte Schuld an der Teuerung trägt die niedrige Valuta unserer Mark. Die ausländischen sowohl als auch die inländischen Futterartikel sind kolossal im Preise gestiegen. Die Milchkühe sind ungeheuer teuer geworden. Wegen der hohen Futterpreise ist auch die Schweinemast ganz erheblich zurückgegangen. Frühere Mäster kehren nicht wieder dazu zurück. Es ist eine große Gefahr für uns, daß viel Vieh nach dem Westen geschafft wird. Die Hauptsache ist, daß das Vieh zu erschwinglichen Preisen auf den Markt kommt.

Ein Vertreter aus dem Mansfeldschen erklärt, daß im Mansfelder Gebirgskreis folgende Preise festgesetzt sind: Herstellungspreis 1600 Mk. für Schweine, 500—700 Mk. für Rinder, Ladenpreis für Schweinefleisch 15 Mk. und für Rindfleisch 12 Mk. Diese Preise werden aber auch bei uns überschritten, da immer noch verschoben wird.

Herr Heinrich: Im Oberausschuß sind gestern folgende Preise festgesetzt worden: **Für Rinder und Hammel 500 Mark Durchschnittsqualität. 25 Prozent Aufschlag und Abschlag bei besserer und geringerer Güte. Für Schweine 1000 Mark mit 10 Prozent Auf- und Abschlag, für Kälber 55 Mark mit 10 Prozent,** alles pro Zentner. **Der Ladenpreis soll betragen für Schweinefleisch 14—16 Mark und für Rindfleisch 10—12 Mark,** verschieden bemessen nach den Teuerungsklassen.

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion noch an.)

Die Waffenabgabe.

Es sind bis jetzt abgeliefert worden: 33 Maschinengewehre, 14 Maschinenpistolen, 1868 Gewehre, 729 Karabiner, 273 Armeerevolver, 625 Armeepistolen, 651 Handgranaten, 3 Geschütz-Richtvorrichtungen, 309 Maschinengewehrschlösser, 65 Maschinengewehrläufe, 47 Maschinengewehrzufführer, 1156 Gewehrschlösser, 213 Gewehrläufe, 158 Karabinerschlösser, 67 Karabinerläufe, 9 Artilleriezünder, 993 Sprengkapseln, 147 121 Handwaffenmunition, 6 Armeepistolenläufe, 3 Armeepistolengleitschienen, 8 Gewehrgranaten, 3 Wurfgranaten, 20 Kilogr. schußfertige Artilleriemunition.

Bei Annahme von Waffen und Munition wird weder nach Name oder Legitimation des Ueberbringers noch nach Herkunft der Gegenstände gefragt.

Die Waffenabgabestelle ist nur noch bis zum 1. November d. J. einschl. geöffnet.

Wer nach dem 1. November d. J. Militärwaffen besitzt, hat nach dem Reichsgesetz vom 7. August 1920 schwere Strafen zu gewärtigen.

*

Der zweite Teil der Entwaffnungsaktion.

Die nicht ungünstigen Ergebnisse der ersten Wochen des freiwilligen Waffenablieferungs dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß beträchtliche Mengen von Waffen sich auch heute noch in den Händen der Bevölkerung befinden. Mancher wird es sich zwar noch überlegen, ob er sich der Gefahr aussetzen will, später wegen Waffenbesitzes zur Verantwortung gezogen werden, und es wird infolgedessen bis zum 1. November noch manches Gewehr abgegeben werden. Aber wie die Verhältnisse liegen, ist trotzdem damit zu rechnen, daß eine ganze Anzahl Leute sich den Gründen der Vernunft verschließen und ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen wird. Die Folge, die eine auch nur teilweise Nichtbeachtung des Gesetzes für unser Vaterland haben kann, sind aber zu schwer und bedrohlich, als daß nicht alles geschehen müßte, um den Willen des Gesetzes denen gegenüber, die sich ihm nicht freiwillig beugen, mit der Gewalt durchzusetzen. Dies wird die Aufgabe des zweiten Teiles der Entwaffnungsaktion sein.

Die Ergebnisse der freiwilligen Waffenablieferung, die selbstverständlich statistisch aufgenommen werden, bieten einen gewissen Anhalt dafür, an welchen Orten und in welchen Gegenden gut, mittelmäßig oder schlecht abgeliefert worden ist. Denjenigen Orten oder Bezirken, die ein ungünstiges Ablieferungsresultat zu verzeichnen haben, wird naturgemäß für den zweiten Teil der Entwaffnungsaktion besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Je nach der Lage der Dinge wird mit einzelnen Haussuchungen oder mit systematischen Absperrungen und Durchsuchungen im großen, gegebenenfalls auch mit Geländedurchsuchungen vorgegangen werden müssen. **Es ist sogar möglich, daß in gewissen Fällen von der im Ge-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201028040/fragment/page=0001

ges vorgesehenen Vollmacht zur Verkehrskontrolle bzw. zur Verkehrssperre in begrenztem Maße bei solchen Aktionen Gebrauch gemacht wird. Es ist zu erwarten, daß auf diesem Wege noch eine beträchtliche Menge von Waffen zum Vorschein kommen wird. Für diejenigen, die in ihrem Besitz betroffen werden, wird diese Aufdeckung allerdings von sehr schlimmen Folgen betroffen sein.

Das Gesetz sieht bekanntlich neben der Ablieferungspflicht auch eine Anzeigepflicht vor. Danach ist jeder, der Kenntnis von bestehenden Waffenlagern besitzt oder erhält, verpflichtet, den Behörden darüber Anzeige zu erstatten. Auch die Nichterfüllung der Anzeigepflicht ist durch das Gesetz unter Strafe gestellt. Darüber hinaus werden jedoch durch allgemeine Bekanntmachungen für alle Anzeigen, die sich zur Erfassung von Waffen dienlich erweisen, beträchtliche Belohnungen ausgesetzt werden. Wer also irgendwie über den 1. November hinaus ablieferungspflichtige Waffen in seinem Besitze behält, muß schon deshalb dauernd die Aufdeckung seines Vergehens fürchten. Ist aber erst die Anzeige erfolgt, so wird unverzüglich zur Haussuchung und Beschlagnahme der Waffen geschritten; außerdem wird die Staatsanwaltschaft eine entsprechende Untersuchung anstrengen und Anklage gegen den Waffenbesitzer erheben. Dann werden die Gerichte sprechen, und manches strenge Urteil wird gefällt werden müssen. Verstöße gegen das Entwaffnungsgesetz werden mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mark und in besonders schweren Fällen mit Zuchtaus bis zu 10 Jahren bestraft.

Wenn sich jeder, der heute noch ablieferungspflichtige Waffen in seinem Besitze hat, die Folgen eines Verstoßes gegen das Entwaffnungsgesetz vor Augen halten würde, dann würden wohl kaum Waffen zurückbehalten werden. Noch ist es Zeit, solche Ueberlegungen anzustellen, nach dem 1. November wird es zu spät sein.

Erhöhung der Zuckerpreise.

Der Magistrat macht bekannt:

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 30. April d. J. und unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 30. September 1920 (R. G. Bl. S. 1719) werden vom Montag, den 1. Nov. 1920 ab im hiesigen Kommunalverband die Kleinhandelshöchstpreise

für gemahlene Melis auf 3,70 M
für gemahlene Raffinade auf 3,75 M
für Würfelzucker auf 3,90 M
für Brode auf 3,90 M
für Kandis auf 4,60 M

für das Pfund festgesetzt. Im übrigen verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 5. November 1917.

Vereins- und Versammlungskalender der Deutsch-Demokratischen Partei.

Montag, den 1. November, abends 8 Uhr, im oberen Thaliasaal: 3. Vortragsabend „Deutsche Not". Landtagsabgeordneter Reiser Kuscaczynski, Posen, spricht über „Die Ostmark und ihre Not". Zu diesen Vorträgen sind Männer und Frauen aller Parteien eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben. Serienkarten für die drei Vorträge „Deutsche Not" zum Preise von 1 Mk. sind im Parteibüro, Leipziger Str. 21 und in der Filiale der Saale-Zeitung, Gr. Ulrichstraße, zu haben.

Provinzialmuseum.

Im Museum wird vom November ab die Winterreihe der öffentlichen, unentgeltlichen Führungen und Vorträge über Vorgeschichte beginnen. Vorträge finden statt am ersten und dritten Mittwoch jeden Monats, abends 8 Uhr, im Hörsaal des Provinzialmuseums, Eingang Richard-Wagnerstraße. Führungen an den darauf folgenden Sonntagen, 11 Uhr vormittags. Jedenfalls fallen die zweiten Novemberführungen aus. Folgende Gebiete sollen behandelt werden: 3. und 7. November: Arbeitsweise und Arbeitsgebiete der Vorgeschichte. 1. und 5. Dezember: Wohnung, Siedlung und Soziales in der Vorzeit. 15. Dezember: Nahrung in der Vorzeit (Jagd, Viehzucht, Ackerbau). 5. und 9. Januar: Werktätigkeit in der Vorzeit. 19. und 23. Januar: Kleidung, Schmuck und Bewaffnung in der Vorzeit. 2. und 6. Februar: Kunst in der Vorzeit. 16. und 20. Februar: Wissenschaft, Religion und Weltbild in der Vorzeit. 2. und 6. März: Rassenfragen in der Vorzeit. Im Landesverein für Vorgeschichte wird in den Wintermonaten je ein Vortrag über die Hauptabschnitte der Vorzeit gehalten werden, in der Weise, daß zunächst ein Ueberblick über die betreffende Zeit gegeben wird; anschließend Vorlagen neuer Funde, Besprechung neuer Fragen zur tieferen Einführung in die Fragestellung und Arbeit der gegenwärtigen Vorzeitforschung. Es sind folgende Vorträge vorgesehen: 1. November: Arbeitsweise und Arbeitsgebiet der Vorgeschichte. 6 Dezember: Urzeit. 10. Januar: Jüngere Steinzeit. 7. Februar: Bronzezeit. 7. März: Vorgeschichtliche Eisenzeit. 4. April: Frühgeschichtliche Zeit. Die Vorträge finden im Hörsaal des Provinzialmuseums, 8 Uhr abends, statt.

Der Bürgerverein Süd und West hielt am Dienstag im Bäckerinnungshause eine Mitgliederversammlung ab. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Besprechung über die wirtschaftliche Lage unserer Stadt. An der Hand des Haushaltsplanes für 1920 wurde dargestellt, mit welch gewaltigen Summen die städtische Verwaltung zu wirtschaften habe. Eingehend wurde sodann über Veränderungen im Magistratskollegium gesprochen. Man war der Meinung, daß die Wahl der beiden bekannten Stadträte Kilian und Pölz, die rein nach parteipolitischen Rücksichten erfolgte, der Stadt nicht viel Gutes bringen könne. Wenn auch die Sozialdemokraten diese, ihre beiden Führer als äußerst begabte Köpfe bezeichneten, so müsse doch bezweifelt werden, daß sie den Aufgaben, die ein solches Amt mit sich bringe, gewachsen seien. Hinsichtlich der bevorstehenden Besetzung des Stadtschulratspostens wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß dabei das Parteiinteresse zurückgestellt und eine Persönlichkeit gewählt werde, die in schultechnischer und pädagogisch-wissenschaftlicher Beziehung allen Anforderungen gerecht werde, die ein großes städtisches Schulwesen an seinen Leiter stelle. Von verschiedenen Seiten wurde sodann noch gegen die Bewilligung von 400 000 Mark zum Ausbau des Thalia-Saales Einspruch erhoben; man war der Meinung, daß zu solchen an sich zwar wünschenswerten Unternehmungen in der augenblicklichen schweren Zeit wirtschaftlichen Niederganges keine Gelder in solcher Höhe verausgabt werden sollten.

Als Reformationsfest wird in der Paulusgemeinde Hohengellersstraße am 31. Oktober und 2. November abends 7½ Uhr ein Lienhard-Abend dargeboten. Außer musikalischen und deklamatorischen Vorträgen und einer Ansprache über die Bedeutung des Dichters für die Gegenwart werden die Hauptszenen seines Schauspiels „Luther auf der Wartburg" aufgeführt werden.

Der Stephansus-Bezirk veranstaltet am Sonntag, den 31. Okt. 8 Uhr im Gemeindehaus Albrechtstraße 27, einen Gustav-Adolf-Familien-Abend (P. Dr. Hagemeyer), in dem Herr Universitäts-Professor D. Fieder einen Lichtbilder-Vortrag halten wird über „Meine Reise nach Süd-Amerika".

Gedenktafel. Seit gestern bemerkt man in dem Schaufenster der Firma Schwarz & Tillig umgeben von einer sehr schönen geschmackvollen Ausschmückung, eine Gedenktafel, welche der Verband reisender Kaufleute, Ortsgruppe Halle, zur Erinnerung seiner im Weltkriege gefallenen Mitglieder herstellen ließ.

25jähriges Amtsjubiläum. Der 3. Pfarrer von Paulus P. Max Haberland konnte am 27. Oktober auf 25 Jahre seiner Amtstätigkeit zurückblicken. 1897 in Berlin geboren hat er nach seiner Ordination 1895 als Provinzialvikar in der Provinz Brandenburg und als Hilfsprediger in Cottbus amtiert. 1899 kam er als Hilfsprediger nach Duisburg-Laar und erhielt später daselbst das Pfarramt. Von dort wurde er 1906 als Archidiakonus nach Cottbus berufen, bis er 1909 den neuen Seelsorgerbezirk der Paulusgemeinde übernahm.

Das Utrecht'sche Tedeum von Händel gelangt am nächsten Montag, den 1. Nov., abends 8 Uhr in der Paulskirche durch den Paulusgesangverein zur ersten Aufführung in Halle. Das Tedeum wurde zur kirchlichen Feier des Friedens von Utrecht komponiert, der im Jahre 1713 dem spanischen Erbfolgekriege ein Ende machte. Das Werk gehört zu den reichsten und tiefsten Schöpfungen des großen Hallenser Tondichters. Es enthält 14 Nummern, darunter vier, fünf- und siebenstimmige Chöre. Dem Werke voraus gehen zwei Bach Kantaten: „Nur nur den lieben Gott läßt walten" und „Meine Seele rühmt und preist". Die Musik gilt als Nachfeier zum 250jährigen Paulusgemeindejubiläum. Karten bei H. Hothan.

Geflügel- und Kaninchenausstellung haben in der am Sonnabend, den 30., und Sonntag, den 31. Oktober, stattfindenden Geflügel- und Kaninchenschau in der städtischen Turnhalle am Roßplatz Gelegenheit zum Ankauf guten Zuchtmaterials. Die Schauen, die alljährlich von dem mehr als 300 Mitglieder zählenden Hallischen Geflügel- und Kleintierzüchter-Verein veranstaltet werden, erfreuen sich der Gunst des Publikums im weitesten Maße, so daß auch diese Ausstellung den früheren nicht nachstehen wird. (S. Anzeige.)

Synagogen-Gemeinde. Alte Promenade 6. Freitag, 29. Okt., 5 Uhr abends Gottesdienst, Sonnabend, 30. Okt., 9 Uhr vorm. Gottesdienst.

Selbstmord. Wegen unheilbarer Krankheit verübte eine Witwe in ihrer Wohnung Selbstmord durch Oeffnen der Pulsader. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhof geschafft.

Kellereinbruch. Gestern wurden in der Kaiserstraße Kellereinbrüche verübt. Gestohlen wurden 3 Schock Eier, 100 Stück Preßteine und 2 Zentner Kohlen.

*

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Freitag, den 29. Oktober 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501 bis 69 000 vormittags von 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Arien- und Liederabend

Ottilie Metzger-Lattermann und Theodor Lattermann.

Halle a. S., den 27. Oktober 1920.

„Pünktlichkeit ist eine Zier . . ." hieß es — früher. Heute aber reiht leider sogar im Konzertsaale allmählich eine sonderbare „Gemütlichkeit" ein, denn der größere Teil des Publikums erschien überhaupt erst nach ⅜ Uhr und, wie neulich die Tanzdarbietungen, so begannen diesmal auch die Gesänge statt ½8 Uhr erst wenige Minuten vor der vollen Stunde. Fast 30 Minuten warten zu müssen bedeutet indessen selbst in einem zeitgemäß kühlen Saale doch etwas zuviel!

Das mochte auch Kammersänger Theodor Lattermanns Stimme empfinden, als sie in der den Abend einleitenden Arie des Posa aus Verdis „Don Carlos" ihrem Gebieter nicht immer nach Wunsch gehorchte. Es gab da z. B. einige Nebentöne und Herbheiten, die allerdings Schuberts „An Schwager Kronos" sich nicht mehr anhafteten. „Der Doppelgänger" zeigte Theodor Lattermann auf gewohnter Höhe. Das gewaltige Baßbaritonorgan wurde vollständig als Instrument der Charakter- und Stimmungsdarstellung ausgemerzt, jede Note fand ihre spezifische Färbung, das schmerzgequälte Liebeslied verdichtete sich zur tonischen Plastik. Wolfs „Geistlenlied" war dazu das heitere Gegenstück, dem wieder „Merkes Gesang" in der blühenden Schönheit hymnisch breiter Klangentfaltung ebenbürtig an die Seite trat. Eine Kunst, für die das technische Rüstzeug, aufgebaut auf dem sicher unerschöpflichen tiefen Atem, lediglich noch als hilfreiche Vorausleistung in Frage kommt.

Nicht anders steht es um Ottilie Metzger-Lattermann. Ihr Gesang hat sich in den zwanzig Jahren, die ich ihn nun kenne, unablässig entwickelt. Er steht jetzt zweifellos auf der Höhe, erfüllte z. B. Schuberts „Musensohn" mit aller heiteren Innigkeit, steigerte Mahlers „Um Mitternacht" bis zum Gipfel des ekstatischen Gottvertrauens, entfaltete auch in Schuberts „Geheimnis" hinreißende Qualitäten der Intimen, so leicht anspruchsvollere Stimme wie der Empfindung. Was will es demgegenüber besagen, wenn wirklich einmal der Uebergang von der Brust- zur Kopfstimme nicht ganz so rollendet gelingt wie sonst der bei dieser genialen Sängerin? Nur die in den Konzertsaal nie passenden Arien sollte das Paar unbedingt vermeiden!

Kapellmeister Wolfes, der für den verhinderten Karl Röhren in letzter Stunde eingesprungen war, begleitete am Flügel mit schönem Gefühl.

Der Beifall wurde gegen Ende des Konzertes so stark, daß beide Künstler zugeben müssen. Dr. P.

Auf die 13. musikalische Revue des Stadttheaters, morgen, Freitag 8 Uhr in der Marktkirche, sei nochmals hingewiesen.

*

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr gelangt das Drama „Christa die Tante" von Rolf Lauckner zur Aufführung. Freitag „Penthesilea". Trauerin'el von Heinrich von Kleist, Sonnabend wird die Operette „Der fidele Bauer" gegeben. Beschäftigt sind: Anny Engelhardt (Annamirl), Dora Debiske (Victoria), Gertraud Masch (Friederike), Henriette Rühmer (Lieschen), Willi Schur (Lindhofer), Heinz Rohleder (Vincent), Eugen Albert (Matheus), Fritz Schneider (Stefan), Kurt Schreiber (Sanitätsrat), Otto Tiedemann (Gerst). Spielleitung: Willi Schur, musikalische Leitung: Leo Schönbach. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Dr. Klaus". Sonntag abend „Frau Diavolo". Montag „Königskinder".

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1, Fernspr. 6676.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Offene Stellen

Lehrling
mit guter Schulbildung, Sohn achtbarer Eltern, von größerer Handels- und Fabrikfirma gesucht. Offerten unter S. 3661 an die Expedition d. Zeitung.

Stellenjesuche

Junge geb. Landwirtstochter, evl. in allen häusl. Arb., sucht 1. Jan. Stellung
als Stütze
in besserem Hause wo Mädch. vorh., bei Fam.-Anschl.
A. Richter, Eilenburg, Hallescherstr. 7

Ja. geb. Mädchen s. zwecks Weiterbildung im Haushalt Stell.
als Stütze
in nur bess. Haus. Off. nebst Bed. unter K. 3660 an die Exp. d. Ztg. erb.

Junges
Mädchen
sucht Stellung
zum 15. November oder später als Alleinmädchen. Schriftl. Angebote und Gehalt an
H. Bulcereith, Duedinburg a. H.
Schmalestraße 53 b

Zu verkaufen

Silberne
Taschenuhr
für Herren (Ankerwerk) preiswert zu verkaufen.
Rauch bei Hesse
Zwingerstraße 4 II.

Hautgesuche

Quecksilber kauft laufend Messling, Rennischestr. 13, I. r.

Alle Sorten
Felle, Häute und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz
Fellzurichterei, Fischerplan 2
Kellhammler Vorzugspreise.

Der Viehankauf
ist von uns für die eigene Schlächterei aufgenommen. Anzeigen für Rinder, Schweine, Schafe und Kälber sind zu richten an
Reichsverpflegungsamt Halle a. S. (fr. Proviantamt), Fernspr. 5918. Barbarastraße 1.

Wer verkauft oder vermittelt?
gegen Provision an leistungsfähige, erstkl. Baufirma (Akt.-Ges.) sofort ausführbare
grosse Bau-Aufträge
auf Siedelungshäuser (auch Wiederaufbau? Dieselben können sofort in bester Friedensqualität zu garantiert konkurrenzlos billigsten Preisen (ev. völlig bezugsfertig) erbaut werden. Materialien vorhanden. Auch gut eingeführte Fachleute als Vertreter gesucht. Seriöse Anfragen erbeten unter J. U. 15729 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Der
sensationell billige Verkauf von modernen
Damen-Mänteln
in nur guten Stoffen
täglich von 10-6 Uhr
Schulstr. 11
Hof part.

R. CH. SCHELLENBERG
KUNSTMÖBELFABRIK
WERKSTÄTTEN FÜR INNEREN WOHNRÄUME
Herrenzimmer
Speisezimmer
Clubsessel
in großer Auswahl.
Fernspr. 5939. Rannischestr. 12

Reinigen, Umsetzen und Reparieren
sämtlicher Oefen führt sachgemäß aus.
Kachellager für neue Oefen
Friedrich Rudloff, Töpfermeister,
Albrechtstraße 17. A419/5 Fernsprecher 2312.

Sanatorium Dr. Rosell
Ballenstedt im Harz.
— Tägliche Kurkosten von 49.— Mark an. —

Unterrichts-Anzeigen

Buchführung.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Chauffeurschule.
Hallesche Automobilzentrale, Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen.
Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29

Fremde Sprachen
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
Bodensiek, Friedrichstr. 69, p. l.

Schneiderei-Unterricht
E. Holborn, Königstr. 50

Schreibmaschine
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Stenographie.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Tanz-Unterricht.
Hofballetmstr. Wesner
St. Nikolaus.

Ia. Rübensaft, 1 Pfd. 290 Pfg. ab heute in meinen sämtlichen Filialen zu haben. **Albert Knäusel**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201028040/fragment/page=0002